

Der Widerstand wächst

**Politiker von CDU und Grünen lehnen Erdgas-Erkundungen entschieden ab**

**Lilienthal/Grasberg/Landkreis Osterholz.** In die Debatte über die geplante Suche nach Erdgas auch im Raum Wörpswede, Grasberg und Tarmstedt kommt Bewegung. In einem Positionspapier lehnt der Lilienthaler CDU-Landtagsabgeordnete Axel Miesner das Vorhaben des Unternehmens Vermilion Energy Germany GmbH & Co. KG entschieden ab. „Unsere Heimat verträgt keine Erdgasförderung.“

Wie berichtet, möchte Vermilion nach Kohlenwasserstoffen – also Erdöl oder Erdgas – suchen und hat dafür eine entsprechende Erlaubnis beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) beantragt. Auch die Grünen im Grasberger Gemeinderat sowie der Osterholzer Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen und die hiesige Bundestagsabgeordnete Lena Gumnior kritisieren das Vorhaben scharf.

Nach Miesners Einschätzung gehören die betroffenen Gemeinden zum sogenannten Verdichtungsraum Bremen – einer Region, in der eine Erdgasförderung „mehr als unangebracht“ sei. Die Faktenlage für die Gassuche habe sich seit 2019 nicht verändert. Auch Trinkwasserschutzgebiete stünden einer Förderung entgegen. „Außerdem haben die Erdgasunternehmen immer wieder für Unruhe in den Förderregionen gesorgt, die zu einer mangelnden Akzeptanz geführt haben“, sagt Miesner. Ein weiteres Argument gegen die Förderung sei die Erdbebengefahr, zuletzt gab es im Februar in der Gemeinde Kirchlinteln Erdbeben.

Die Erdgasindustrie hat nach Ansicht Miesners durch ihr Verhalten gegenüber der Bevölkerung selbst dazu beigetragen, dass die Förderung „in unserer Heimat ein Auslaufmodell ist“. Untersuchungen seien daher überflüssig. Städte, Gemeinden und Flächeneigentümer müssten nun zusammenstehen und gemeinsam das Betreten ihrer Flächen verhindern, appelliert der CDU-Politiker. Selbst bei einer erfolgreichen Suche wäre eine Förderung erst in vielen Jahren möglich. In dieser Zeit werde der Erdgasverbrauch weiter sinken – auch, weil in Neubauten keine Gasheizungen mehr installiert würden und immer mehr Menschen auf Wärmepumpen umstiegen oder künftig verstärkt Biogas beigemischt werde.

Einen sofortigen Stopp der geplanten Gas-Erkundung fordern auch der Osterholzer Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen und die Bundestagsabgeordnete Lena Gumnior. Bei dem Vorhaben handele es sich nicht um eine harmlose Erkundung, sondern um den Einstieg in eine „riskante Gasförderung“, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme. „Die Menschen im Landkreis Osterholz und in den betroffenen Landkreisen Verden und Rotenburg-Wümme wollen keine Gasbohrungen“, sagt Emilia De Rosa, Sprecherin des Kreisverbands. „Sie wollen sauberes Wasser, intakte Natur und eine lebenswerte Zukunft. Wir werden alles tun, um das zu verteidigen.“ Gemeinsam mit der Bürgerinitiative „No Moor Gas“ kündigen die Grünen politischen und öffentlichen Widerstand an. Ziel sei es, die Erkundungsanträge zu verhindern und den Fokus auf eine regionale, nachhaltige Energieversorgung zu legen.

Aus Sicht der Partei birgt Erdgasförderung erhebliche Gefahren für Trinkwasser, Böden und Umwelt. Besonders kritisch sehen sie die mögliche Verunreinigung des Grundwassers, Schäden für Natur und Landwirtschaft sowie ein erhöhtes Erdbebenrisiko. Gleichzeitig blieben die wirtschaftlichen Vorteile bei internationalen Konzernen, während die Risiken die Region trafen. „Wir lassen nicht zu, dass unser Landkreis zum Spielball der Gasindustrie wird. Trinkwasser, Böden und Klima sind keine Verhandlungsmasse“, erklärt Lena Gumnior.

Auch klimapolitisch lehnen die Grünen die Pläne entschieden ab: Erdgasförderung verschärfe durch Methanemissionen die Klimakrise und trage nicht zur kurzfristigen Lösung der Energieversorgung bei. Stattdessen fordern sie einen konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien. Für Wind- und Solarenergie sowie klimaneutrales Biogas und eine nachhaltige Wärmewende biete der Landkreis Osterholz gute Voraussetzungen.

### **Grüne entschieden gegen Pläne**

Ähnlich argumentieren die Grasberger Grünen gegen das Vorhaben von Vermilion, einer Tochtergesellschaft eines kanadischen Konzerns. Gemeinsam mit seiner Fraktion möchte Vorsitzender Jörn Schumm unter anderem erreichen, dass sich die Gemeinde klar gegen das Vorhaben ausspricht und die Erlaubnis, auf Gemeindegebiet nach Kohlenwasserstoffen zu suchen, grundsätzlich verweigert – unabhängig vom jeweiligen Unternehmen. Darüber hinaus soll sich die Gemeinde gegen Erdgaserkundung und -förderung in ganz Niedersachsen positionieren und die Landesregierung auffordern, die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend anzupassen. Zudem fordern die Grünen, die Öffentlichkeit frühzeitig über Pläne und Risiken der Erdgaserkundung zu informieren. Einen entsprechenden Antrag haben sie für die nächste Fachausschusssitzung am 7. April eingebracht.

Irene Niehaus

[Der Widerstand wächst](#)